

Telefon: 233 - 92 430
Telefax: 233 - 27 458

Oberbürgermeister
Fachstelle für Demokratie
FgR

Ausbau der Arbeit gegen Rechtsextremismus – für ein demokratisches München! - Teil 1

Antrag Nr. 14-20 / A 04902 von Herrn StR Christian Vorländer, Frau StRin Verena Dietl, Herrn StR Christian Müller, Frau StRin Kathrin Abele, Frau StRin Anne Hübner, Herrn StR Haimo Liebich, Herrn StR Hans Dieter Kaplan, Herrn StR Gerhard Mayer, Frau StRin Bettina Messinger, Herrn StR Cumali Naz, Herrn StR Jens Röver, Frau StRin Julia Schönfeld-Knor, Frau StRin Dr. Constanze Söllner-Schaar vom 25.01.2019

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 14061

2 Anlagen

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 20.11.2019 (SB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Die SPD-Stadtratsfraktion hat am 25.01.2019 den Antrag gestellt, das Kommunale Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit dem Bedarf entsprechend auszubauen. Die extreme Rechte befindet sich deutschlandweit im Aufwind und findet auch in der Mitte der Gesellschaft mit ihren vereinfachten Problembeschreibungen und Lösungsansätzen eine beängstigende Resonanz. Dies zeigen repräsentative Untersuchungen zu Haltungen und Einstellungen in Bayern und München, die zunehmenden Aktivitäten der extremen Rechten und auch deren Erfolge an den Wahlurnen.

Die Münchner Bürgerinnen und Bürger sind dazu aufgerufen, diesen demokratiefeindlichen Tendenzen zu begegnen – im Alltag, im Arbeitsleben und an der Wahlurne. Die Landeshauptstadt München hat ein breites, professionelles Unterstützungsnetzwerk eingerichtet, um die Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen. Im Rahmen dieses Netzwerks werden Aufklärungs-, Recherche-, und Informationsarbeit betrieben, Betroffene von rechter, rassistischer, antisemitischer und sonstiger menschenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung beraten, pädagogische Maßnahmen angeboten sowie Kampagnen erarbeitet und durchgeführt.

Einzelne dieser Netzwerkstellen benötigen nun zusätzliche finanzielle Mittel, um ihre Arbeit kompetent und bedarfsorientiert durchführen zu können.

1. Wachsender Bedarf an Information und Recherche:

Ausbau der Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus in München

Schwerpunkttätigkeit der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus (firm) in München ist es, Zivilgesellschaft, Multiplikator*innen der sozialen und politischen Bildungsarbeit, Fachnetzwerke, städtische Verwaltung und Kommunalpolitik fortwährend über extrem rechte Entwicklungen in unserer Stadt zu informieren, für die Thematik zu sensibilisieren und gemeinsam über mögliche und nötige Handlungsoptionen zu beraten.

Die extreme Rechte in Bayern und München befindet sich im größten Wachstumsprozess der jüngeren Vergangenheit. Durch die stark gestiegene gesellschaftliche Verbreitung und parlamentarische Verankerung von menschenfeindlichen Positionen und rechten Ideologien, nehmen die Ressourcen und Aktivitäten der extremen Rechten in bisher ungekanntem Maße zu. Der Umfang ihrer politischen Kommunikation steigt beständig, die Anzahl von Veranstaltungen, politischen Initiativen, Bündnissen, Themensetzungen und Angriffen erreicht im Zuge eines strukturellen Wachstums in Breite und Tiefe immer neue Höchstmarken.

Die Verschiebung zentraler gesellschaftlicher Diskursmarken in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Ausgrenzung und rechte Ideologien sowie deren strukturelle Verstetigung in Form neuer Bündnisse, Organisationen und Plattformen zeigt, dass diese Entwicklung in den kommenden Jahren anhalten wird. Die Neudefinition der Rahmen gesellschaftlicher Debatten im Sinne von autoritären, biologistischen und antidemokratischen Politikentwürfen und die damit einhergehende beträchtliche Ausweitung des politischen Resonanzraums für extrem rechte Propaganda und Agitation werden für die absehbare Zukunft eine zentrale Herausforderung für ein demokratisches, weltoffenes Zusammenleben aller Münchner*innen bleiben.

Die Ausstattung der firm muss mit der oben skizzierten veränderten Anforderungssituation Schritt halten, um für die Zielgruppen ihrer Arbeit weiterhin die notwendigen Informationen über extrem rechte und menschenfeindliche Aktivitäten im Raum München bereitstellen zu können, aber auch die Kapazitäten für eine erforderliche Analyse zu haben. Dafür werden künftig jährlich 80.000 Euro zusätzlich benötigt.

Die von der Fachstelle für Demokratie auf Wunsch des Stadtrates in Auftrag gegebene zweijährige Evaluation der „Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ hat die essentielle Rolle der Informationsarbeit der firm im Rahmen des kommunalen Fachnetzwerkes noch einmal bestätigt.

2. Fachstelle für Demokratie: zusätzlicher Budgetbedarf für Kampagnen und Förderung

Die Fachstelle für Demokratie verfügt seit 2015 (Beschluss Nr. 14-20 / V 02497) über einen Aktions-, Kampagnen-, und Netzwerkfonds in Höhe von 100.000 Euro.

Daraus sollen sowohl die tagtägliche Arbeit der Fachstelle finanziert, als auch Fördermittel vergeben werden und darüber hinaus Kampagnen durchgeführt werden, die stadtweite Sichtbarkeit erreichen. Dies umfasst also sowohl die Durchführung der jeweiligen Maßnahme, als auch die Bewerbung der Maßnahme bzw. die öffentliche Plakatierung / Darstellung der jeweiligen Kampagne.

So führte die Fachstelle u.a. folgende Kampagnen in den vergangenen Jahren aus diesem Budget durch:

- „Laut gegen Brauntöne“ (2012/2013)
- „Kunst, Kultur, Respekt“ (2013/2014)
- „Angst ist ein schlechter Ratgeber“ (2016)
- „Wählen gehen für Demokratie und Menschenrechte“ (2017)
- Solidaritätsaktion „Zusammenstehen gegen Antisemitismus“ (2018)

- „Ich bin Münchner – Ich bin Muslim / Muslima“ (2018)
- Flyerserie „Das wird man doch noch fragen dürfen“ (2017/2018)

Jedes Jahr werden aus diesem Budget zudem die Organisation, das Programm und die Werbung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus geleistet. In diesem Jahr umfasst diese gut zweiwöchige Kampagne mehr als 100 Veranstaltungen und wird stadtweit beworben. In den vergangenen Jahren haben sich immer mehr und immer vielfältigere Organisationen und Einrichtungen an diesem Programm beteiligt. Das hat auch bundesweit Anerkennung gefunden, weshalb die bundesweite Auftaktveranstaltung zu den Internationalen Wochen dieses Jahr im Münchner Rathaus stattfindet.

Insgesamt ist festzustellen, dass durch die Arbeit der Fachstelle für Demokratie zivilgesellschaftliche Akteure vermehrt aktiv werden und daher die Nachfrage nach Fördermitteln steigt. Gleichzeitig hat die Fachstelle für Demokratie in den vergangenen Jahren den Bereich der lokalen Demokratieförderung ausgebaut. In diesem Feld steigt der Bedarf an lokal gebundenen Förderungen, beispielsweise zur Durchführung von einmaligen Projekttagen, stark an. Auch ist es im Sinne einer möglichst zielgruppenorientierten Öffentlichkeitsarbeit notwendig, die jeweiligen Kampagnen sehr spezifisch zu bewerben.

Die bisherigen Mittel im Aktions-, Kampagnen und Netzwerkfonds reichen daher nicht aus. Um die fokussierte und stets aktualitätsbezogene Arbeit der Fachstelle und der mit ihr verbundenen Partner auch weiter zu ermöglichen, bedarf es einer Erhöhung dieses jährlichen Budgets um 50.000 Euro Sachmittel.

3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

3.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	ab 2020		
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*			
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**			
Transferauszahlungen (Zeile 12)	80.000,-- Firm		
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	50.000,-- Fachstelle für Demokratie		
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente			

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

3.2 Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Die Beschlussvorlage ist mit der Stadtkämmerei abgestimmt.

Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle, da der Stadtrat mit dieser Angelegenheit nicht mehr befasst wird.

II. Antrag des Referenten

1. Vom Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Das Direktorium wird beauftragt die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel für die Fachinformationsstelle gegen Rechtsextremismus München (firm) in Höhe von 80.000 Euro jährlich und die jährlich 50.000 Euro für den Kampagnen-, Aktions-, und Netzwerksfonds im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020 beim Produkt P 31111100 anzumelden.
Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Direktorium im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2020; siehe Nr. 4 der Liste der geplanten Beschlüsse des Direktoriums.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

II. Beschluss

nach Antrag.

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober- / Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Oberbürgermeister

IV. Abdruck von I. mit III.
über die Stadtratsprotokolle

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Kulturreferat
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z. K.

V. Wv. Fachstelle für Demokratie

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.